

der Elite nun verstärkt Landtitel beantragten, lehnte die Masse der Kleinbauern diese Möglichkeit weiterhin ab. Warum? Die Registrierung von Landbesitz implizierte einen hohen zeitlichen und finanziellen Aufwand sowie die Fähigkeit, lesen und schreiben zu können. Kaum überraschend, daß die Bauernschaft den Erwerb von individuellen Landtiteln als etwas ansah, was für die kleine Schicht der Gebildeten geschaffen wurde und nur von ihnen genutzt werden konnte und sollte. Allerdings erfüllte diese kleine Schicht von 'Gutsherren' keinesfalls die in sie gesetzten Hoffnungen, in neue Technologien zu investieren und die landwirtschaftliche Produktion zu modernisieren und zu erhöhen. Die Landreform von 1974 hat vielmehr häufig zu einer unproduktiven Bodenspekulation geführt. Ein weiteres interessantes Ergebnis von Fisiys Arbeit bestätigt Forschungen zu anderen Regionen Kameruns und Afrikas: Zwar hat die verstärkte staatliche Einflußnahme auf Landrecht und Landnutzung einerseits die Verfügungsgewalt der lokalen Autoritäten über Land geschwächt; andererseits waren diese Leute immer noch am besten plazierte, um die neue staatliche Landgesetzgebung für sich zu nutzen und Landbesitz zu monopolisieren. Fisiys vorzügliche Studie sei allen empfohlen, die sich mit der Landproblematik in Kamerun oder allgemeiner mit Fragen von Recht und staatlicher Hegemonie im zeitgenössischen Afrika beschäftigen wollen. Zu bemängeln an dieser Arbeit sind neben einigen bibliographischen Ungenauigkeiten lediglich die vielen orthographischen Fehler sowie die zahlreichen sprachlichen Wiederholungen.

Andreas Eckert

Dieter Conrad / Wolfgang-Peter Zingel (Hrsg.)

Pakistan

Zweite Heidelberger Südasiengespräche. Beiträge zur Südasienforschung, Südasiens-Institut, Universität Heidelberg, Band 150
Franz Steiner Verlag, Stuttgart, 1992, 162 S., DM 50,--

Im Frühjahr 1991 führte das Südasiens-Institut der Universität Heidelberg seine zweiten Südasiengespräche durch, die Pakistan gewidmet waren. Die ersten Gespräche 1990 hatten sich mit Indien befaßt. Vierzehn Referenten äußerten sich zu den verschiedensten Aspekten der politischen und wirtschaftlichen Situation Pakistans, während in den jeweils folgenden Diskussionen zahlreiche weitere sachkundige Teilnehmer aus Wissenschaft und Praxis zu Worte kamen.

Als ein Jahr später der Sammelband mit den Referaten und Zusammenfassungen der Diskussionsbeiträge erschien, hatte sich zwar das politische Umfeld in Pakistan erheblich gewandelt, doch konnten die Herausgeber mit Recht darauf hinweisen, daß die weitaus meisten Äußerungen ihre Gültigkeit behalten hätten. Dies gilt auch heute zwei weitere Jahre später, für die Besprechung, und zwar auch dort, wo die politische Entwicklung

anders verlaufen ist, als es Referenten und Diskutanten damals erwarteten (Wahlsieg und erneute Amtsübernahme der damals abgesetzten Ministerpräsidentin Benazir Bhutto). Zunächst ist den Herausgebern das Kompliment zu machen, daß sie trotz der Vielzahl der Beiträge ein höchst interessantes und lesbares Buch zustandegebracht haben. Dies ist in erheblichem Maße darauf zurückzuführen, daß sie bei der Wiedergabe pakistanischer Namen und Begriffe auf eine "wissenschaftlich korrekte" Umschrift verzichtet und die "in Pakistan gebräuchliche englische Umschrift" verwendet haben (S. VIII). Dies ist auch eine erfreuliche Abweichung von der in der politischen Publizistik - keineswegs nur in bezug auf Pakistan - verbreiteten Praxis, derartige Namen ohne Rücksicht auf die im Herkunftsland übliche - meist am Englischen oder Französischen orientierte - Schreibung orthografisch "einzudeutschen".

Doch nun zu den Referaten und Diskussionsbeiträgen, über die hier naturgemäß nur ein sehr kursorischer Überblick gegeben werden kann: Die einleitenden Äußerungen von Karl Jettmar (S. 1-7) und Lothar Lutze (S. 14-16) zur nationalen bzw. sprachlichen Identität machen schon deutlich, daß die bei der Staatsgründung 1947 maßgeblichen Merkmale "Islam" und Staatssprache Urdu zur Identitätsfindung nicht ausreichen: Für die gemeinsame Religion erwies sich dies spätestens bei der Sezession Bangladeschs 1971. Urdu aber wird auch im verbliebenen Pakistan nur von 7 % der Bevölkerung als Muttersprache gesprochen! Von hier führt eine gedankliche Brücke zu den späteren Referaten zur Islamisierung (Munir D. Ahmed, S. 69-76) bzw. zum Spannungsverhältnis zwischen traditional-islamischen Institutionen und muslimischem Staat (S. Jamal Malik, S. 77-82). Die Referenten arbeiten den seit der Staatsgründung schwelenden Konflikt zwischen den "staatstragenden" administrativen und militärischen Eliten einerseits und den islamistischen Massenbewegungen andererseits heraus: Die einen wollen (mit nachlassendem Erfolg) die Religionsausübung nach staatlichen Vorgaben reglementieren, die anderen aber letztlich einen islamischen Gottesstaat aufrichten. In diesen Zusammenhang gehören auch die Ausführungen von Christine Gieraths über islamische Institutionen in der Wirtschaft (S. 103-106) - hinter muslimischer Fassade wird weitgehend "business as usual" betrieben - und, nicht zu vergessen, von Karlernst Ziem zur Rolle Pakistans im Afghanistankonflikt (S. 133-146), denn die aus politischem Kalkül begonnene Unterstützung des extrem islamistischen Flügels des afghanischen Widerstands (Hekmatyar) zeitigte ungewollte Rückwirkungen auf die pakistanische Innenpolitik.

Die mehr allgemein gehaltene Darstellung der wirtschaftlichen (Wolfgang Peter Zingel, S. 87-95) und landwirtschaftlichen Probleme (Frithjof Kuhn, S. 96-99) des Landes können hier ausgeklammert werden. Dagegen gehören die von skeptischem (Zweck-?)Optimismus getragenen Bemerkungen des Hoechst-Managers Georg M. Pott zu den praktischen Erfahrungen ausländischer Investoren (S. 107-111) durchaus in den Spannungsbereich Staat und Religion.

Für VRÜ-Leser besonders interessant dürften die im Spannungsfeld von Verfassungsrecht und Innenpolitik angesiedelten Referate von Dietrich Reetz: Strukturelle Konstanten der pakistanischen Innenpolitik (S. 21-29); Dieter Conrad: Quis custodiet custodes? Zur Ver-

fassungslage Pakistans nach der Parlamentsauflösung und Entlassung der Regierung Bhutto 1990 (S. 33-51) und Petra Eisenreich, Die Situation in Sindh zu Beginn der Neunzigerjahre (S. 58-64) sein: Reets arbeitet die sich aus der schwachen Identifikationsgrundlage ergebenden Regionalismen heraus, die sich mit dem Spannungsfeld Islam und dem sozialen Konflikt zwischen militärisch-administrativen Eliten und aufstrebendem Bürgertum gegenseitig überlagern. Eisenreich zeigt auf, wie in der volkreichen Provinz Sindh mit der Millionenstadt Karachi anhaltende Zuwanderung die ethnischen Mehrheitsverhältnisse mit destabilisierender Wirkung zum Kippen bringt. Conrad aber macht deutlich, wie in Pakistan die Frage nach dem Hüter der Verfassung unter Berufung auf Carl Schmitt und Hans Kelsen geführt und - zumindest 1990 - zugunsten des Präsidenten beantwortet wurde. Seiner dezidiert vorgetragenen Auffassung, daß dieser mit seiner sehr vage begründeten Parlamentsauflösung, um die anders nicht erreichbare Ablösung der Regierung Benazir Bhuttos zu erzwingen, auch bei sehr extensiver Auslegung den verfassungsmäßigen Rahmen überschritten habe, wurde in der Diskussion (S. 52-57) interessanterweise hauptsächlich von solchen Diskutanten widersprochen, denen es weniger auf eine saubere verfassungsrechtliche Klärung als vielmehr auf eine rechtliche Legitimierung eines politisch als wünschenswert oder notwendig angesehenen Vorgangs ankam. Nun ist Benazir Bhutto wieder im Amt, und die Frage muß neu gestellt werden.

Abschließend bleibt noch ein Hinweis auf zwei weitere (neben dem schon erwähnten Afghanistan-Beitrag) außenpolitische Referate: Citha D. Maas (S. 115-128) stellt ausführlich das Dilemma der durch den Kaschmir-Konflikt und die inkompatible Nuklearpolitik schwer belasteten pakistanisch-indischen Beziehungen dar. Botschafter Alfred Vestring (S. 150-152) schließlich beklagt zu Recht die Defizite, die im deutsch-pakistanischen Verhältnis vor allem im Vergleich zu Indien noch bestehen. Das bisherige Fehlen einer deutsch-pakistanischen Handelskammer ist hierfür nur ein, wenn auch bezeichnendes Indiz. Erklärbar, wenn auch nicht gerechtfertigt, wird dies durch die höchst ungleichgewichtige Interessenlage: In der pakistanischen Außenhandelsstatistik steht Deutschland an 3., Pakistan in der deutschen aber erst an 53. Stelle!

Dem Heidelberger Südasiainstitut ist eine erfolgreiche Fortführung der Tagungsreihe und eine zahlreiche Leserschaft für die daraus hervorgehenden Berichtsbände zu wünschen.

Karl Leuteritz

Jonathan I. Charney / Lewis M. Alexander (eds.)

International Maritime Boundaries Vol. 1 and 2

Martinus Nijhoff Publishers, Dordrecht/Boston/London, 1993, 2138 S., £ 510.00

Die American Society of International Law, zwei tüchtige Herausgeber, 24 mitwirkende Autoren sowie Sponsoren aus Wissenschaft und Industrie haben in einer bisher einmaligen